

# — AhD - PRESSE - INFO —



Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst (AhD)  
53173 Bonn, Rheinallee 18  
Vorsitzender: Dr. Michael Hartmer  
Geschäftsführer: Reinhold Haverkamp  
www.hoehererdienst.de

Bonn, den 19. April 2004

## **Statt teure Berater Sachverstand in den Ministerien nutzen** Beamtenverbände kritisieren wachsendes Beraterunwesen

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes (AhD) hat die öffentliche Hand dazu aufgefordert, stärker internen Sachverstand zu nutzen und weniger auf externe Beratung zu setzen. „In deutschen Ministerien und Behörden arbeiten zahlreiche exzellente Köpfe mit hervorragendem Sachverstand und Fähigkeiten. Ihre gesetzliche Verpflichtung auf das Gemeinwohl und ihr Expertenwissen darf durch die in vielen Fällen ebenso überflüssige wie teure Vergabe externer Beratungsaufträge nicht länger unterlaufen werden“, erklärte der Vorsitzende der AhD, der Bonner Rechtsanwalt Michael Hartmer.

„Die hochqualifizierten Mitarbeiter in den Institutionen der öffentlichen Hand fühlen sich durch dieses offensichtliche Misstrauen gegenüber ihren Fähigkeiten diskriminiert“, ergänzte der Geschäftsführer der AhD, Reinhold Haverkamp. „Zudem lösen häufig genug die eher unbedarften Vorschläge externer Berater zu Problemlösungen nur noch Spott aus.“ Nach Auffassung der AhD stehen die bekanntgewordenen immensen Ausgaben für externe Beratung in keinem Verhältnis zum erlangten Erkenntnisgewinn. Das Unverständnis sei nicht zuletzt auch deshalb so groß, weil gleichzeitig dem öffentlichen Dienst wie den Bürgern ständig neue Sparzwänge auferlegt würden.

Zwischen 1999 und 2003 hat allein die **Bundesregierung** nach eigenen Angaben 170 Millionen Euro für Beraterverträge ab einem Auftragsvolumen von 50.000 Euro vergeben. Nach Berechnungen des CDU-Haushaltsexperten Dietrich Austermann MdB sind in diesen fünf Jahren für 2.721 Aufträge rd. 1,4 Milliarden Euro ausgegeben worden. Insgesamt gab die **öffentliche Hand** (Bund, Länder, Gemeinden) in diesem Zeitraum fünf bis sechs Milliarden Euro für externe Beratung aus. Die AhD hält die Beratung von außen nur im Ausnahmefall für sinnvoll. Der Ausnahmefall werde aber immer mehr zum Regelfall.

Die AhD schlägt zur Eindämmung des Beraterunwesens vor, vor der Vergabe von Aufträgen über 50.000 Euro zwingend eine Stellungnahme des Bundesrechnungshofes vorzusehen, der auch für die Wirtschaftlichkeit der Bundesverwaltung zuständig ist. Ein entsprechendes Modell könne auch auf Länder- oder Gemeindeebene übertragen werden. Diese Maßnahme würde nach Auffassung der Beamtenverbände nicht nur zur Wirtschaftlichkeit der Verwaltung beitragen, sondern würde auch die Gefahr der Abhängigkeit der Politik von externen Beratern mindern.

---

Die Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst (AhD) ist ein Zusammenschluß der nachgenannten Verbände:

Deutscher Philologenverband e.V., Deutscher Hochschulverband, Bundesverband der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes in Deutschland e.V., Verein Deutscher Bibliothekare e.V., Bundesverband der beamteten Tierärzte, Führungskräfteverband Telekom und Post, Bundesverband der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V., Vereinigung der höheren Führungskräfte der Deutschen Bahnen, Bundesverband der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst e.V., Bundesverband der Apotheker im öffentlichen Dienst, Verband Deutscher Meteorologen